

**Absender** (Klägerin - Kläger)

Datum

Name, Vorname

Zutreffendes ist angekreuzt  bzw. ausgefüllt

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort Tel. Nr.

**An das  
Arbeitsgericht**

Hiermit erhebe ich **Klage**

gegen   
Vollständiger Name der / des Beklagten / der Firma  
  
bei Firmen: vertreten durch  
  
Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer

und beantrage, (Beklagte - Beklagter)

- 1. festzustellen, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien
  - nicht durch die von d. Beklagten ausgesprochene
    - außerordentliche (fristlose) Kündigung vom
    - ordentliche Kündigung vom
  - weder durch die außerordentliche (fristlose) Kündigung vom  noch durch die ordentliche Kündigung d. Beklagten vom  aufgelöst worden ist;
- 2. festzustellen, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien auch nicht durch andere Beendigungstatbestände endet, sondern unverändert fortbesteht;
- 3. für den Fall des Obsiegens mit dem Antrag zu 1. d. Beklagte/n zu verurteilen, d. Kläg. bis zum rechtskräftigen Abschluss des Kündigungsschutzverfahrens vertragsgemäß als  weiterzubeschäftigen.

Ich bin seit  bei d. Beklagten in  als  beschäftigt.

Ich bin am  geboren. Familienstand:  Anzahl Kinder:

Meine Vergütung betrug zuletzt durchschnittlich   brutto  netto EUR.

- D. Beklagte hat / D. Beklagten haben das Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Kündigung erfolgte
- außerordentlich (fristlos)
    - schriftlich am   Das Kündigungsschreiben habe ich erhalten am  .
    - Die Kündigung erfolgte mündlich und ist deshalb unwirksam.
  - ordentlich zum 
    - schriftlich am   Das Kündigungsschreiben habe ich erhalten am  .
    - Die Kündigung erfolgte mündlich und ist deshalb unwirksam.
  - Im Betrieb d. Beklagten sind in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer außer Auszubildenden beschäftigt.
  - Im Betrieb d. Beklagten sind in der Regel mehr als 5 Arbeitnehmer außer Auszubildende beschäftigt, deren Arbeitsverhältnis mindestens seit dem 31.12.2003 bestand.
  - Der Betriebsrat wurde nicht ordnungsgemäß angehört.
  - Ein wichtiger Grund für eine außerordentliche (fristlose) Kündigung liegt nicht vor.
  - Die Kündigung ist / Die Kündigungen sind sozial ungerechtfertigt im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes.
  - Es wird gerügt, dass keine ordnungsgemäße Sozialauswahl durchgeführt wurde.

- Angaben zu besonderem Kündigungsschutz, z. B. wegen Schwangerschaft, Elternzeit, Pflegezeit, Schwerbehinderung, Wehr- oder Zivildienst:

- Der Klageantrag zu 2 beinhaltet eine selbständige allgemeine Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO. Zwar sind zur Zeit keine anderen Beendigungstatbestände außer der mit dem Klageantrag zu 1 angegriffenen Kündigung bekannt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Beklagte im Verlauf des Verfahrens weitere Kündigungen ausspricht. Es wird deshalb mit dem Klageantrag zu 2 die Feststellung begehrt, dass das Arbeitsverhältnis auch durch solche weiteren Kündigungen nicht beendet wird.
- Da die Kündigung unwirksam ist und überwiegende Interessen d. Beklagten nicht entgegenstehen, steht mir ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Kündigungsschutzverfahrens zu.

**Anlage(n):**

- Kopie des Arbeitsvertrages  
 Kopie der Kündigung  
 Kopie der letzten Abrechnung

.....  
Unterschrift